

Deutschland braucht eine Weiterbildungsoffensive – die Volkshochschulen sind bereit

Resolution der 52. Mitgliederversammlung des DVV
am 6./7. Juni 2005 in Dudenhofen/Speyer

In kaum einem anderen Politikbereich klaffen politischer Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie in der Weiterbildung. Obwohl Parteien und Politiker auf Bundes- und Landesebene stets den wachsenden Stellenwert des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung für die Zukunft unseres Landes betonen, bleiben politische und finanzielle Konsequenzen aus.

Im Gegenteil – trotz bedrückend hoher Arbeitslosigkeit wurden vom Bund die Mittel für die berufliche Fort- und Weiterbildung drastisch gekürzt. Viele Bundesländer haben gleichzeitig die Förderung der Volkshochschulen und der anderen Weiterbildungseinrichtungen zum Teil erheblich reduziert.

Die Kürzungen erfolgen wider besseres Wissen: Renommierte Wissenschaftler lassen keinen Zweifel daran, dass bei weiter anhaltenden Unterinvestitionen in das lebenslange Lernen kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Deutschland entstehen kann.

An Konzepten für eine zukunftsgerichtete Weiterbildungspolitik mangelt es nicht: Der im Jahr 2004 von der unabhängigen Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens: Der Weg in die Zukunft“ vorgelegte Schlussbericht liefert neben einer ausgezeichneten Analyse der – auch im internationalen Vergleich – unbefriedigenden Situation in der Weiterbildung eine Fülle geeigneter Empfehlungen zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung, zur Schaffung von Anreizen für lebenslanges Lernen und zur Verbesserung der Förderung von Menschen aus bildungsfernen Milieus.

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. hat zu dem Gutachten ausführlich Stellung bezogen und Politik und Wirtschaft aufgefordert, nun endlich ausreichende Mittel für eine Weiterbildungsoffensive zur Verfügung zu stellen, damit der größte Bildungsbereich seine Schubkräfte für mehr Wachstum, Produktivität und Chancen des Einzelnen in der Gesellschaft voll entfalten kann.

Insbesondere fordert der DVV kurzfristig ein Sonderprogramm zur Förderung der Weiterbildung, das folgenden Bereichen zu Gute kommen muss:

- Verbesserung der Infrastruktur der Weiterbildung (flächendeckendes Angebot, Neubau, Ausbau, Umbau, Renovierung, Ausstattung von Weiterbildungseinrichtungen)
- Verbesserung der Rahmenbedingungen des lebenslangen Lernens (individuelle Bildungsberatung, professionelles Bildungsprofiling, Qualitätssicherung, Weiterbildungsberichterstattung, Abbau von Bürokratie, Evaluation, Datenbanken)

- Durchführung einer bundesweiten Weiterbildungskampagne zur Förderung der Weiterbildungsmotivation
- Abbau von Bildungsbenachteiligungen.

Zum letztgenannten Bereich hat der DVV der Bundesregierung bereits im letzten Jahr ein konkretes Programm mit dem Titel „Innovint“ (Innovation durch Integration) vorgelegt, mit dem bis zum Jahr 2010 rd. 500.000 der 4 Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland alphabetisiert werden und 175.000 von rd. 350.000 Schulabbrechern/-abbrecherinnen einen Schulabschluss erwerben können.

Darüber hinaus soll rd. 2,2 Millionen Neuzuwanderern und bereits hier lebenden Zugewanderten die Teilnahme an einem Sprachkurs ermöglicht werden.

Die Volkshochschulen, ihre Landesverbände und der Deutsche Volkshochschul-Verband sind bereit und in der Lage, für diesen Bereich besondere Verantwortung zu übernehmen. Bund und Länder sind aufgerufen, die Gesamtkosten, die sich bis 2010 auf 3,2 Milliarden Euro belaufen, bereitzustellen.

Dies setzt jedoch voraus, dass bei der von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geförderten beruflichen Bildung ebenso Kurskorrekturen vorgenommen werden wie bei den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskursen. So muss die Kahlschlagpolitik der Bundesagentur zurückgenommen werden, da sie mit der sozialen Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen verbunden ist, die einer besonderen Unterstützung bedürfen. Dringend erforderlich ist auch eine Änderung des Vergaberechts, da die aktuelle Vergabepolitik zu Dumpingpreisen und mangelhafter Qualität der Angebote führt. Volkshochschulen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, künftig wieder an allen Ausschreibungen teilnehmen zu können. Schließlich muss das Bundesamt für Migration (BAMF) auch die überbordenden bürokratischen Hürden bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes abbauen, die von den Volkshochschulen, die nahezu 40 % der Integrationskurse durchführen, personell und finanziell nicht weiter zu bewältigen sind.

Die 1.000 deutschen Volkshochschulen, ihre Landesverbände und der Deutsche Volkshochschul-Verband fordern Bund und Länder nachdrücklich auf, endlich politische Prioritäten für das Lebenslange Lernen und die Weiterbildung zu setzen und eine Weiterbildungsoffensive zu starten, in deren Mittelpunkt das Sonderprogramm zur Förderung der Weiterbildung steht.

Der Deutsche Volkshochschul-Verband und die Volkshochschul-Landesverbände verstehen sich als engagierte Partner des Bundes und der Länder bei der Umsetzung einer Weiterbildungsoffensive, die den Menschen und ihrer Teilhabe am politischen, kulturellen und beruflichen Leben und damit der Verwirklichung von Chancengleichheit ebenso dient wie der Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland.

Dudenhofen, im Juni 2005